



Atomkraft stoppen!

Die Uranfabriken in Gronau und Lingen laufen unbefristet und versorgen Atomkraftwerke weltweit mit Brennstoff. So ist kein Ende in Sicht bei den Gefahren und Umweltzerstörungen die durch die Nutzung der Atomkraft verursacht werden. Die Kritik an den Uranfabriken wächst, die Demonstrationen in Lingen werden größer, aber der Atomstaat setzt den Weiterbetrieb der Anlagen durch. So wurde im Dezember ein ungewöhnlich hohes Urteil gegen Atomkraftgegner_innen rechtskräftig, die sich ange-

kettet hatten, um einen Urantransport von Gronau aus zu blockieren. Auch gegen die Urantransporte, die letztendlich die Uranfabriken in Gronau und Lingen versorgen, gibt es Widerstand - der durch Polizei und Gerichte unterbunden werden soll. So laufen aktuell Verfahren wegen einer Ankettaktion und einer Kletteraktion vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg. Um Atom Müll zu verhindern, bevor er entsteht, können wir uns also nicht auf Gerichte oder den Staat verlassen.

EURE REPRESSION WIRD
UNSEREN WIDERSTAND

gegen Uranfabriken
und Kohleabbau

NICHT AUFHALTEN!

Wenn Sie als Richter und Richterinnen nicht mitverantwortlich sein wollen für den Betrieb von Atom- und Kohlekraftwerken bleibt nur, alle Strafverfahren sofort einzustellen!

Aber Atomkraft ist nur eine Seite der Medaille, eine andere ist Kohlekraft. Hier wird ebenfalls die Umwelt zerstört, wenn CO₂ in die Luft geblasen und Kohle in riesigen Tagebauen abgebaut wird. Im Rheinland und in der Lausitz tobt deshalb der gleiche Kampf gegen dreckige Energie. Dort stehen gerade zahlreiche Umweltaktivist*innen vor Gericht (oder befinden sich in Haft), weil sie gegen den Kohleabbau vorgehen mit Besetzungen des Kohletagebaus oder des Waldes, der gefällt werden soll. Energiekonzerne wie RWE dürfen ungehindert

zerstören, den Klimawandel beschleunigen und gewalttätig gegen den Widerstand vorgehen. Sie werden massiv vom Staat gefördert und gedeckt, auch hier ist von Gerichten keine Abhilfe zu erwarten - obwohl es ginge: Wenn sie es wirklich wolltten, könnten Polizeibeamt*innen den Befehl verweigern, Richter*innen Strafverfahren einstellen und Arbeitende in der Grube die Förderbänder sabotieren. So oder so gilt: Uns eine lebenswerte Zukunft zu erstreiten, bleibt Handarbeit!

